



Veleff, Peter

## **Führen in Krisenlagen. Die Grenzöffnung in Berlin 1989. Teil 2**

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1/2020), 79-89.

doi: 10.7396/2020\_1\_G

*Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:*

Veleff, Peter (2020). Führen in Krisenlagen. Die Grenzöffnung in Berlin 1989. Teil 2, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 79-89, Online: [http://dx.doi.org/10.7396/2020\\_1\\_G](http://dx.doi.org/10.7396/2020_1_G).

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2020

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

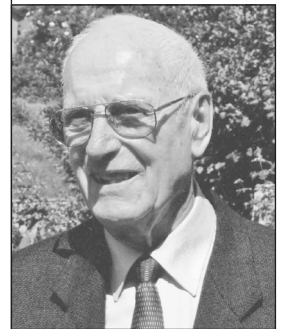
Online publiziert: 06/2020

# Führen in Krisenlagen

## Die Grenzöffnung in Berlin 1989

### Teil 2

Vor 30 Jahren hatten höchste, mittlere und subalterne Führungskräfte der bewaffneten Sicherheitskräfte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) – Polizei, Staatssicherheit, Nationale Volksarmee (NVA) und Grenztruppen – schwerwiegende Entscheidungen mit teils historischen Auswirkungen zu fällen. Während im ersten Teil dieses Beitrages (Veleff 2019) die rasch anschwellenden politischen Unruhen im Herbst 1989 im Vordergrund standen, die von den Entscheidungsträgern auf Bezirksebene mangels Instruktionen aus Berlin Entschlüsse von großer politischer Tragweite erforderten, werden im vorliegenden zweiten Teil Abläufe der Grenzöffnung in Berlin dargestellt. Auf sich alleine gestellte DDR-Grenzbeamte hatten unter dem Druck immer größerer Menschenansammlungen die Grenzübergänge zu Westberlin geöffnet. Die Beamten verfügten über keine diesbezüglichen Weisungen oder Handlungsanleitungen. Für ihre Dienstverrichtung galt damals der Befehl Nr. 11/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) der DDR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Bezirken der DDR, unterzeichnet vom neuen Generalsekretär Egon Krenz und damit gültig für alle Sicherheits- und Ordnungskräfte der gesamten DDR. Darin enthalten war ein grundsätzliches Verbot der Anwendung von Schusswaffen im Zusammenhang mit Demonstrationen und es bestand die Anweisung, ein allfälliges Eindringen von Demonstranten in das Grenzgebiet bzw. Grenzdurchbrüche durch Anwendung körperlicher Gewalt oder sonstiger geeigneter Mittel zu verhindern. Die Grenzöffnung in Berlin wird im vorliegenden Beitrag vor dem Hintergrund der Abläufe innerhalb des Führungsapparates der DDR dargestellt. Dies als Folge operativer Entscheidungen von auf der Straße eingesetzten Offizieren, die sich in außergewöhnlicher Lage durch die Sprachlosigkeit der politischen Staatsführung zu einem selbstständigen Handeln mit großer Tragweite veranlasst sahen. Dass es in jenen Tagen zu keiner Eskalation mit unabsehbaren Folgen kam, ist zahlreichen, überlegt handelnden Menschen, vom einfachen Demonstranten bis hin zu hohen Staatsfunktionären, zu verdanken.



**PETER VELEFF,**  
*ehem. Generalsekretär der  
 Militärdirektion Zürich.*

### **DIE VORGESCHICHTE IM POLITBÜRO<sup>1</sup>**

Nachdem auch in der obersten Staatsführung der DDR ein Umdenken in der Haltung gegenüber protestierenden Bürgern und Demonstranten eingesetzt hatte

und durch die Massenfluchten in Ungarn<sup>2</sup> (über 60.000 Bürger) und in der Tschechoslowakei (allein über das Wochenende vom 4. bis 6. November 1989 über 23.000 Bürger) die DDR zunehmend ausblutete, sah sich die erneuerte Staatsführung vor

die Notwendigkeit gestellt, für ihre Bevölkerung ein neues Ausreise- und Reiseregime zu erlassen. In der Hoffnung, damit die Massenflucht aus der DDR mindestens einzudämmen, hatte das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 30. Oktober 1989 beschlossen, dem Ministerrat zu empfehlen: a) ein neues Reisegesetz zu erarbeiten und b) den Entwurf öffentlich zur Diskussion zu stellen und das neue Gesetz mit Wirkung ab 20. Dezember 1989 in Kraft zu setzen. So sollten zu Weihnachten 1989 Familientreffen zwischen Ost und West ermöglicht werden und man erhoffte sich davon eine gewisse Entspannung bzw. einen Rückgang des öffentlichen Unmutes.

Die Entwicklung drängte inzwischen aber zu Sofortmaßnahmen, insbesondere weil die CSSR-Regierung gedroht hatte, die Grenze zur DDR zu schließen. Wer sollte also was entscheiden? Zunächst beschloss am 7. November 1989 das Politbüro, auf der am 9. und 10. November 1989 angesetzten 10. Tagung des ZK der SED den Vorschlag zu unterbreiten, einen Teil des neuen Reisegesetzes, nämlich die Regelung der ständigen Ausreise aus der DDR, mit einer Durchführungsbestimmung sofort in Kraft zu setzen. Und hier kam es zu einem bedeutenden Fehlentscheid: Aus uns nicht bekannten Gründen wurde für die Beratung und Redaktion einer so wichtigen Durchführungsbestimmung nicht der dafür geeignete Nationale Sicherheitsrat<sup>3</sup> eingesetzt, in welchem mit NVA-Führungskräften, wie Keßler und Streletz, hochkarätiges generalstäbliches Wissen und Können bei der Beurteilung politischer und militärischer Zusammenhänge und Auswirkungen zum Zug gekommen wären. Sondern am Morgen des 9. November 1989 setzten sich, um 09:00 Uhr, lediglich je zwei Oberste der Ministerien des Inneren und der Staatssicher-

heit an einen Tisch, um für ihre Minister die erforderlichen dienstlichen Weisungen zu entwerfen. Die vier Offiziere hielten sich nicht an den Auftrag, lediglich einen Text für Sofortmaßnahmen zu Ausreisebestimmungen aus der DDR zu formulieren, sondern sie nahmen in ihren Entwurf auch Bestimmungen über Privatreisen von DDR-Bürgern in das Ausland auf, welcher als Ministerratsbeschluss formuliert und noch am gleichen Tag, aber mit Wirkung ab 10. November 1989, in Kraft gesetzt werden sollte. Offenbar mangels Wissen (sie kamen ja aus zwei Ministerien ohne entsprechende Kompetenzen) übersahen oder vergaßen sie, dass in Berlin die Rechtslage nach wie vor durch das Vier-Mächte-Abkommen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bestimmt war und daher eine Reihe von Besonderheiten zu beachten waren: So konnten und durften an der Berliner Grenze von der DDR ohne die Zustimmung der Sowjetunion keine eigenen Aktivitäten, wie etwa eine Grenzöffnung durch neue Regelungen, entwickelt werden. Sie (und auch ihre Ministerien) nahmen offenbar keinen Kontakt auf, weder mit dem Ministerium für Verteidigung noch mit dem Kommando der Grenztruppen. Vielmehr ging das von den vier Autoren erstellte Schriftstück unter Zeitdruck direkt zurück an das Politbüro – textlich als Entwurf eines Ministerratsbeschlusses, aber versehen mit einer Sperrfrist bis anderntags, 10. November 1989, 04:00 Uhr.<sup>4</sup>

Am 9. und 10. November 1989 tagte sodann das ZK der SED (10. Tagung) in Berlin. Es war nach der Beurteilung von Generaloberst Streletz keine normale Tagung, sondern eine turbulente Zusammenkunft unterschiedlichster Gruppen, die viele alte Rechnungen zu begleichen hatten, und einer Staatsführung, die unwürdige Themen, wie zum Beispiel die Schuld einzelner Mitglieder des Polit-

büros, die Ablöse von Ersten Bezirkssekretären der SED, die Erschießung von verantwortlichen Politikern oder die Wiedereinführung der Todesstrafe, diskutierte. Kurz, es herrschte ein Tagungsklima, welches eine ernsthafte Beratung über so wichtige neue Regelungen, wie jene einer neuen Reisefreiheit für DDR-Bürger, kaum zuließ.

Am Nachmittag des 9. November 1989, um 16:00 Uhr, unterbrach Generalsekretär Krenz die chaotischen Diskussionen des Zentralkomitees, um den Text für einen Ministerratsbeschluss mit dem Titel „Zeitweilige Übergangsbestimmungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR“ zu verlesen. Dieser wurde (mit zwei kleinen Textkorrekturen) sogleich im Umlaufverfahren durch die Mitglieder des Ministerrates bestätigt. In einer Sitzungspause, um ca. 17:00 Uhr, übergab Krenz diesen Text an Günter Schabowski mit der Anweisung: „Gib das bei der [am Abend angesetzten] Pressekonferenz bekannt, das ist der Knüller, das ist die Welt-sensation.“<sup>5</sup> Damit war aber auch die im Text vorgesehene Sperrfrist praktisch aufgehoben. Wie bekannt, und im Fernsehen hundertfach gezeigt, bewirkte Schabowski auf der inzwischen legendär gewordenen Pressekonferenz am Abend des 9. November 1989 mit seinen Antworten auf die Frage nach dem Inkrafttreten der neuen Reisebestimmungen („sofort, unverzüglich“) eine Wirkung, welche offensichtlich niemand bedacht und/oder voraus gesehen oder erwartet hatte. Der Sturm auf die Grenzübergänge in Berlin setzte verständlicherweise sofort ein, nachdem auch die Tagesschau der ARD als Top-Nachricht verkündet hatte, dass die DDR-Grenze zur Bundesrepublik offen sei.

## **DIE SITUATION DER DIENST-LEISTENDEN BEAMTEN**

Am Betrieb eines Grenzüberganges bzw.

einer Grenzübergangsstelle (GÜST) waren in der DDR drei verschiedene staatliche Verantwortungsbereiche beteiligt:

1. Die der NVA unterstellten Grenztruppen als Sicherung der Staatsgrenze allgemein, hier zuständig für eine Verhinderung von gewaltsamen Grenzdurchbrüchen nicht-militärischer Dimension. Sie stellten auch den Kommandanten der GÜST, dessen Kommandogewalt aber auf die äußere militärische Absicherung der Grenzanlagen beschränkt war.
2. Die Kontrolle, Sicherung und Überwachung des Reiseverkehrs waren Aufgaben und Kompetenz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), ausgeübt von besonderen Passkontrolleinheiten, zuständig auch für Fahndungen oder Festnahmen. Diese Einheiten unterstanden weder der NVA noch den Grenztruppen, noch der Bezirksverwaltung des MfS, sondern direkt der Hauptabteilung VI (HA VI) in der Zentrale des MfS, Verantwortungsbereich Generalleutnant Neiber als Stellvertreter des Ministers Erich Mielke. Im sichtbaren und bewaffneten Dienst an der GÜST trugen die MfS-Leute die Uniform der Grenztruppen.
3. Die reine Personen- und Warenkontrolle an den Schaltern war Sache der Zollverwaltung.
4. Keine direkte Aufgabe an der GÜST hatte die Volkspolizei, sie hielt aber bei Bedarf das „freundwärtige Hinterland“ frei von allfälligen Störungen gegen den Reiseverkehr.

An der GÜST Bornholmer Straße<sup>6</sup> war der diensthabende Offizier der Grenztruppen am Abend des 9. November 1989 Major Manfred Sens vom Grenzregiment 35. Auf der Straße standen vier Posten seines Sicherungszuges. Deren Auftrag lautete: Grenzdurchbrüche nicht zuzulassen, Ruhe und Ordnung im Grenzgebiet zu sichern

und Ausdehnungen von Provokationen auf das Staatsgebiet der DDR zu unterbinden. Major Sens verfolgte die Pressekonferenz Schabowskis in seinem Dienstzimmer. Auf der GÜST befand sich weiter der sehr erfahrene Leiter der Passkontrolleinheit der Staatssicherheit, Oberstleutnant Harald Jäger. Er konnte auf eine 25-jährige Diensterfahrung verweisen. Auch Jäger verfolgte die Pressekonferenz Schabowskis am Bildschirm.

„Schabowski, kannst Du das überhaupt verantworten, was Du jetzt angerichtet hast?“ So will es Major Sens durch den Kopf gegangen sein, als er dessen Worte „sofort, unverzüglich“ hörte und umgehend nach draußen in den Bereich der Vorkontrolle eilte, um den Posten zu informieren, dass unter Umständen in Kürze mit einem Auflauf von Personen zu rechnen sei. In der Tat standen auch schon erste Personen am Schlagbaum, nämlich Bewohner des unmittelbar angrenzenden Wohnbezirkes, in welchem auch Sens wohnte, und er nun auch einigen persönlich bekannten Nachbarn gegenüberstand. Am Schlagbaum des Vorpostens traf Major Sens auf Oberstleutnant Jäger. Auch dieser hatte die Worte Schabowskis am Fernseher völlig überrascht gehört und sie als „Quatsch, das ist doch gar nicht möglich“ beurteilt, bevor er sich selbst auf die Straße begab. Zuvor aber hatte Jäger noch in der MfS-Zentrale seinen diensthabenden Vorgesetzten, Oberst Rudolf Ziegenhorn, angerufen, welcher ihn seinerseits fragte, ob er „den Quatsch von Schabowski“ auch gehört habe. Auch Ziegenhorn war überrumpelt und antwortete auf die Frage Jägers, was denn nun los sei, lediglich mit: „Das geht doch gar nicht. Sind denn schon welche bei Euch an der GÜST?“ Als Jäger bestätigte, dass sich dort bereits zehn bis 20 Personen versammelt hätten, welche Durchlass verlangten, lautete die Weisung seines Vorgesetzten lakonisch: „Na ja, dann warte erst

einmal ab. Lass die mal stehen und schick sie zurück.“ Als Jäger wieder am Schlagbaum eintraf, hatten sich dort bereits 50 bis 100 Menschen angesammelt, denen die beiden Offiziere mitteilten, dass sie keine Weisungen erhalten hätten, um ihnen die Ausreise zu gestatten. Für die beiden Verantwortungsträger war an der Grenze auch eine rechtlich unklare Lage entstanden: Eine erhöhte Aktivität gegnerischer Kräfte mit der Befürchtung eines gewaltsamen Grenzdurchbruches, die Major Sens zu aktiven Handlungen verpflichtet hätte<sup>7</sup>, lag angesichts der Ansammlung friedlicher eigener Bürger sicherlich nicht vor. Andererseits verpflichteten seine Dienstvorschriften, „die ihm gestellten Aufgaben auf der Grundlage der Beschlüsse der Arbeiterklasse“ zu erfüllen – und diese hatte das Politbüromitglied Schabowski doch soeben im Fernsehen verkündet, worauf sich die Durchlass begehrenden Bürger jetzt auch beriefen. In dieser Situation beschlossen die beiden Offiziere, zunächst ihre Vorgesetzten zu konsultieren. Währenddessen stieg der Unmut in der am Schlagbaum versammelten Menschenmenge rasch an. Auch in seinem zweiten Anruf in die MfS-Zentrale erhielt Jäger von seinem Vorgesetzten die simple Anweisung, die angehaltenen Bürger, die nach wie vor lediglich eine Ausreise beehrten und nicht gewalttätig waren, weiterhin zu vertrösten („Na ja, ist gut, verträste sie weiter und informier mich wieder“). Auch Major Sens hatte auf seinem Dienstweg zum Grenzregiment 35 nur erfahren, dass man dort nichts über die Situation an der Grenze wusste. Er wurde vom diensthabenden Offizier (einem Stellvertreter des Kommandeurs) aber immerhin angewiesen: „Pass auf, dass die Euch nicht die Waffen klauen! Lasst die Waffen stecken, damit nichts passiert!“ Unterdessen hatte sich vor Ort ein weiterer erfahrener Offizier der Grenztruppen, Oberst-

leutnant Edwin Görlitz (2. stv. Leiter der Passkontrolle mit 28 Dienstjahren), aus eigenem Antrieb eingefunden. Er war von Zuhause an die GÜST gekommen. Für alle drei Offiziere entwickelte sich eine für sie neuartige Situation: Die Menschenmenge schwoll kontinuierlich an und niemand war gewillt, sich auf den nächsten Tag verträsten zu lassen. Ebenso wenig Erfolg war einer um 20:30 Uhr eingetroffenen Funkstreife der Volkspolizei beschieden, die über Lautsprecher aufrief, „im Interesse von Ordnung und Sicherheit“ den Vorraum des Grenzüberganges zu verlassen, da es hier und heute nicht möglich sei, eine Ausreise zu genehmigen. Gegen 21:00 Uhr reichte der Rückstau an Automobilen über einen Kilometer von der GÜST zurück und verstopfte alle Seitenstraßen. Major Sens geriet mit seinen 14 Mitarbeitern, fünf Grenzsoldaten und rund 16 Zollbeamten zunehmend in Bedrängnis und erhielt auch nach der entsprechenden Informationsweitergabe an das Grenzregiment 35 keine weiteren Befehle. Eine letzte Anweisung aus der Zentrale des MfS an die Passkontrolle (übermittelt von Oberst Ziegenhorn an Oberstleutnant Jäger, offenbar aber hastig in der von ihm konsultierten Sicherheitsabteilung des Politbüros beschlossen) lautete schließlich: „Wir verfahren folgendermaßen: Die [Bürger], die am auf-sässigsten sind und die, die provokativ in Erscheinung treten, die lass raus. Denen macht Ihr im Ausweis einen Stempel halb über das Lichtbild – und die kommen nicht wieder rein.“ Auf die Frage, ob denn das überhaupt gehe, riet Ziegenhorn lediglich: „Mach Dir darüber keinen Kopf.“ Weiter hieß es: „Und was die anderen betrifft: von allen, die Du raus lässt, schreibt ihr Euch die Personalien auf. Und bei denen, die den Stempel draufhaben, macht ihr Euch ein Zeichen dahinter, damit wir wissen, wer draußen geblieben ist und wer wie-

der rein durfte.“ Mit dieser, offensichtlich nicht sehr durchdachten Regelung blieben die diensthabenden Beamten am Grenzübergang auf sich allein gestellt. Nachdem nach einer raschen, willkürlichen Auslese erste DDR-Bürger über die Bornholmer Brücke nach Westberlin geeilt waren, wurden die Beamten von der Menge erst recht in Sprechchören „Tor auf!“ in Bedrängnis gebracht. Und als das Drahtgitter zum Vorraum der Grenzkontrolle mehr und mehr eingedrückt wurde, bangte Oberstleutnant Jäger schließlich um das Leben seiner Mitarbeiter. Er fasste einen Entschluss und meldete seinem vorgesetzten Oberst Ziegenhorn gegen 23:30 Uhr: „Es ist nicht mehr zu halten, ich stelle die Kontrollen ein und lasse die Leute raus.“ Oberstleutnant Görlitz gab seinerseits Major Sens zu verstehen: „Wir fluten jetzt! Wir machen alles auf!“ Die Mitarbeiter der Passkontrolle lösten die Sicherungen der Schlagbäume und tausende von Menschen strömten unkontrolliert, mit oder ohne Ausweis, jubelnd nach Westberlin. Um 01:00 Uhr waren alle sieben Grenzübergangsstellen in Berlin geöffnet.

Erst ab diesem Zeitpunkt verlagerten sich alle weiteren Lagebeurteilungen und Entschlüsse wieder auf die obersten Ebenen der politischen und militärischen Staatsführung.

## **DIE REAKTIONEN DER STAATSFÜHRUNG**

Während also die Grenzorgane vor Ort die Lage selbst zu beurteilen hatten und auf der Straße auf sich alleine gestellt waren, hatte die Führungsriege ihre Diskussionen im ZK der SED – es handelte sich um die zuvor geschilderte 10. Tagung – abgebrochen, um sie am nächsten Tag fortzusetzen. Verteidigungsminister Keßler und Generaloberst Streletz begaben sich inzwischen gemeinsam nach Strausberg (etwa 35 km östlich von Berlin), wo am



Sitz des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) schon am Nachmittag des 9. November 1989 die Spitzen der NVA versammelt waren, um sie über die im Politbüro beschlossenen Neuerungen zu informieren. Keßler und Streletz hatten allerdings Berlin im Glauben verlassen, dass die Grenzöffnung erst am nächsten Tag (10. November 1989) erfolgen würde, so dass ihrer Meinung nach noch Zeit vorhanden war, um alle notwendigen Weisungen zu erlassen.<sup>8</sup>

Gegen Mitternacht (9./10. November 1989) erhielt Streletz einen Telefonanruf von Egon Krenz, der ihn informierte, dass auf Grund der entstandenen neuen Lage eine operative Führungsgruppe des NVR zu bilden sei und er ihn deshalb um 07:00 Uhr in Berlin in seinem Büro im ZK erwarten würde. Am Morgen des 10. November 1989, nach einer kurzen Auswertung der Ereignisse durch Egon Krenz und den Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen im ZK der SED, Wolfgang Herger, diktierte Streletz umgehend den Befehl Nr. 12/89 des Vorsitzenden des NVR der DDR über die Bildung einer operativen Führungsgruppe des NVR der DDR.<sup>9</sup> Egon Krenz, der damalige Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des NVR der DDR, setzte diesen Befehl durch seine Unterschrift um 07:45 Uhr in Kraft. Der Führungsgruppe gehörten sieben leitende Kader aus verschiedenen Gremien (Staatssicherheit, Innen- und Außenministerium, Grenztruppen, Parteiorgane des ZK etc.) an, die bereits 15 Minuten später im Büro des Generalsekretärs ihre Tätigkeiten aufnahmen. Es ging darum, Informationen über die Gesamtlage auf dem Territorium der DDR zu sammeln und zu analysieren, ununterbrochen die Lage des Gegners einzuschätzen sowie Schlussfolgerungen und Vorschläge für gesamtstaatliche Führungsentscheidungen vorzubereiten. Unter der Leitung des Stellvertreters

des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes, Generaloberst Fritz Streletz, sollte die operative Führungsgruppe gewährleisten, dass alle Maßnahmen des Partei- und Staatsapparates sowie der drei Ministerien der bewaffneten Staatsorgane nur noch in engem Zusammenwirken und koordiniert durchgeführt wurden. Sie versuchte durch eine Reihe von Sofortmaßnahmen – nebst Schadensbegrenzung – insbesondere auch eine Eskalation zu verhindern und allfälligen Provokationen vorzubeugen. Es erging die Bitte an den sowjetischen Botschafter Kotschemassow, seinerseits unverzüglich die Vertreter der drei Westmächte um Bewahrung von Ruhe und Ordnung in Westberlin zu ersuchen. Die gleiche Bitte erging an den Senat von Westberlin, für Ruhe und Ordnung an der Grenze zu sorgen und der (westdeutschen) Polizei die dazu erforderlichen Aufgaben zu erteilen sowie an den Oberkommandierenden der Westgruppe der sowjetischen Truppen, sich mit dem gleichen Wunsch an die bei ihm akkreditierten Verbindungsmissionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu wenden. Zudem kam es zu einer sofortigen persönlichen Verbindungsaufnahme von verantwortlichen Offizieren der Grenztruppen (Oberst Günter Leo) mit der Westberliner Polizei (Polizeipräsident Georg Schertz). Zusätzlich erfolgte eine kurzfristige Öffnung von acht GÜST an der Berliner Grenze, um zu zeigen, dass die Grenzöffnung der DDR kein taktisches Manöver sei (und auch nicht mehr rückgängig gemacht werden könne), sondern eine Maßnahme, um den Forderungen der Menschen Rechnung zu tragen. Es folgten Weisungen an die Grenztruppen und Sicherungsorgane (auf Grundlage des Befehls Nr. 11/89<sup>10</sup>), unter keinen Umständen Schusswaffen einzusetzen und sich nicht provozieren zu lassen. Die anstehenden Aufgaben waren vielmehr mit „Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein“ zu erfüllen.

All diese Maßnahmen haben nach der Meinung von Zeitzeugen wesentlich dazu beigetragen, dass sich am 11. November 1989 die Lage an der Staatsgrenze zu Westberlin stabilisierte und der grenzüberschreitende Verkehr in geordneten Bahnen vollzogen werden konnte. Die Maßnahmen kamen aber zu spät, um den Zerfall der DDR aufzuhalten.

### **DIE REAKTIONEN DER SOWJET-UNION UND DER WESTMÄCHTE**

Generaloberst Streletz hielt in seiner hohen Funktion permanent engen Kontakt zum Oberkommandierenden der Westgruppe (Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland), Armeegeneral Snetkow, um diesen über alle wichtigen Ereignisse oder Entscheidungen zu informieren. Dieser Aufgabe kam Streletz auch am Morgen des 10. November 1989 nach. Um 08:30 Uhr telefonierte er mit Snetkow, auch um sich für das Versäumnis mangelnder Orientierung zu den Vorgängen in der vergangenen Nacht zu entschuldigen. Er stieß dabei auf blankes Unverständnis und wurde angeherrscht: „Was ist bei Euch eigentlich los? Wie kann man solche Maßnahmen ohne die Armeeführung durchführen?“ Streletz versicherte, dass es bei der militärischen Grenzsicherung zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Westberlin keine Abstriche gebe und bat im Auftrag von Minister Keßler, er möge bei den Westmächten in Berlin darum bitten, auf der westlichen Seite nach Möglichkeit für Ruhe und Ordnung an der Grenze zu sorgen.<sup>11</sup> Um 09:00 Uhr ging im Büro Krenz ein erster Anruf des sowjetischen Botschafters Kotschomasow ein (wobei Krenz an Streletz weiterreichte, weil dieser die russische Sprache besser beherrschte). Auch der Sowjetbotschafter fragte aufgebracht: „Wer hat Ihnen die Genehmigung zur Öffnung der Berliner Grenzübergangsstellen gegeben? Mit wem

ist dieser Schritt abgestimmt worden?“ Mit ihm seien nämlich nur Maßnahmen abgesprochen worden, die die Staatsgrenze der DDR zur BRD betrafen, die Stadt Berlin habe aber einen besonderen Vier-Mächte-Status und die Handlungsweise der DDR-Organen habe der Autorität der Sowjetunion großen Schaden zugefügt.<sup>12</sup> Streletz antwortete, dass er die Problematik Krenz vortragen werde (der seinerseits umgehend Außenminister Fischer mit dem Sachverhalt beauftragte). In einem weiteren Anruf des sowjetischen Botschafters um 09:45 Uhr teilte dieser mit, dass Moskau über die Handlungsweise der DDR zur Öffnung der Berliner Grenze verstimmt sei und fügte den Ratschlag hinzu, dass es im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion zweckmäßig wäre, sofort ein Telegramm von Egon Krenz an Michael Gorbatschow zu schicken und das Vorgehen zu begründen.<sup>13</sup> Das Telegramm wurde sogleich von Generaloberst Streletz aufgesetzt und Krenz in die inzwischen wieder fortgesetzte Sitzung des ZK, um ca. 11:00 Uhr, zur Unterschrift gebracht.<sup>14</sup> Tatsache ist somit, dass selbst für die wichtigsten ausländischen Staatsoberhäupter die Grenzöffnung völlig überraschend geschah. Gorbatschow erhielt die erste Meldung erst am 10. November 1989 in Moskau, US-Präsident Bush erfuhr die Bestätigung durch Fernsehbilder aus Berlin und Bundeskanzler Kohl befand sich in Warschau, von wo er zweimal in Bonn nachfragen ließ, ob die Meldungen wirklich stimmen würden. Mitentscheidend für eine Beruhigung der Lage war freilich, dass die Westmächte und die Westberliner Polizei auf die unvorhergesehene Situation wohlwollend reagierten. So hatten etwa die Oberkommandos der britischen Streitkräfte in Deutschland, der US-Landstreitkräfte in Europa und der französischen Streitkräfte in Deutschland dem Ober-



kommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland signalisiert, dass man sich aus den Entwicklungen völlig herauszuhalten gedenke und die Fragen des Aufenthaltes von DDR-Bürgern in Westberlin von zivilen Behörden behandelt werden sollten.<sup>15</sup>

## RÜCKBLICK ZWEIER DDR-FÜHRUNGSPERSÖNLICHKEITEN

### Günter Schabowski

Der Hauptakteur im Geschehen der Grenzöffnung, das ehemalige SED-Politbüromitglied Günter Schabowski, hielt im September 2001 in der Schweiz in geschlossener Gesellschaft ein Referat zum Thema „Der Kalte Krieg, Sicht Berlin Ost“, u.a. auch mit dem für den vorliegenden Beitrag interessanten Abschnitt „Als die Mauer barst“.<sup>16</sup> Schabowski zeichnete sich selbst als Mit-Initiator einer neuen Reiseverordnung und berichtete wörtlich: „Ich kam erst nach mehrstündigen Gesprächen mit Journalisten in die Tagung und setzte mich neben Krenz. Er händigte mir den Regierungstext aus. Ich überflog ihn. Die Essentials Reisefreiheit und das Recht auf freie Ausreise waren enthalten. Nach kurzem Abwägen des Für – Entlastung vom öffentlichen Druck – und des Wider – neuerliches Eingeständnis einer hastigen Pannenkorrektur – einigten wir uns darauf, dass ich die internationalen Pressevertreter auf dem anschließenden Briefing von unserer Maßnahme unterrichte. ‚Das wird ein Knüller‘, war Krenz inzwischen überzeugt. Der vielzitierte Zufall nahm seinen Lauf. Krenz hatte mir nichts über eine Sperrfrist gesagt. Sie war vermutlich Bestandteil einer Art Durchführungsbestimmung, von der der Innenminister meinte, sie nicht mit dem Generalsekretär abstimmen zu müssen. Auch die Vorgehensweise, wie die Militär- und Grenzpolizeiinstanzen über die neuen Re-

gelungen an der Grenze unterrichtet werden, die sie nun auszuführen hatten, war nicht in dem Entwurf der Regierungsverordnung formuliert. Also, Krenz wusste selbst nichts von einer Sperrfrist oder er hatte diesen Papieren, so sie ihm vorgelegen haben, keine besondere Beachtung geschenkt. Sie waren ja technischer Natur. Das Papier – der immer wieder beschworene Zettel – trug keinen solchen Vermerk. Die Ministerialbürokratie wollte die Verordnung erst früh um vier durch einen Rundfunksprecher verlesen lassen. In den Nachtstunden bis dahin sollten die militärischen Informationsstränge bis zu den Grenzübergangsstellen gelangen. Aber wie hätte man Stunden vorher die Weltpresse informieren können und ihr anschließend Mund, Schreibmaschine oder Telefon mit einem ‚Embargo‘, einer Sperrfrist, versiegeln wollen. Die Journalisten hätten sich einen Teufel darum geschert und wären in Hohngelächter ausgebrochen. Wenn Krenz mir mit einer solchen Schnapsidee gekommen wäre, hätte ich sie ihm entschieden ausgedreht. (...) Aber ich hatte keinen Anlass zu einer Demarche. Krenz hatte ja nichts dergleichen geäußert. So kam es, dass die Grenze einige Stunden früher passierbar wurde, als es sich der rote Amtsschimmel ausgedacht hatte. (...) Ich ahnte nicht, dass ausgerechnet die Grenzposten noch nichts davon wussten. (...) Stunden nach der Pressekonferenz sollte ich Augenzeuge des ‚Wunders‘ werden. Bis dahin empfand ich nur Genugtuung. Sie überlagerte den Dauerstress der Wendetage. Erstmals hatten wir ohne Zeitverzug die Weltpresse ausführlich, wenn auch nicht ohne taktischen Winkelzug, über eine Tagung des Zentralkomitees informiert, das sonst nur dürre, nichtssagende Kommuniqués abzusondern pflegte. Ich war sicher, unser Kalkül würde aufgehen, die Fluchtwelle würde abebben.“

Eine bescheidene Begründung für einen Mann aus der höchsten Führungsetage eines Staates, in welchem eine einzige Partei die Macht ausübte, die Hauptträger dieser Macht war und wo die erste Verantwortung für Ruhe und Ordnung im Bezirk auf den Schultern der Ersten Parteisekretäre der Bezirksverwaltungen der SED lag. Dies umso mehr, wenn der, der so spricht, selbst Mitglied des Politbüros, selbst Sekretär des Zentralkomitees der SED und zudem der mächtigste und damit wichtigste und persönlich Verantwortliche dieser Ersten Parteisekretäre war, nämlich derjenige der Hauptstadt Berlin.

### Fritz Streletz

Dass der Vorgang der Grenzöffnung in Berlin 1989 ein Beispiel schlechter Staatsführung war, wie staatliche Machtträger nicht vorgehen dürfen, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Zeitzeuge Generaloberst Fritz Streletz, der in verschiedenen hohen Funktionen und Spezialaufgaben das Geschehen zentral mitverfolgte, urteilte im Rückblick: „Die Partei-, Staats- und die militärische Führung ist ihrer Verantwortung in dieser äußerst komplizierten militär-politischen Lage nicht im vollen Umfang gerecht geworden. Sie hat praktisch versagt und die Entwicklung in den brisanten Nachtstunden vom 9. zum 10. November dem Selbstlauf überlassen. Es war kein Ruhmesblatt für die Führung der DDR. (...) Selbstkritisch möchte ich einschätzen, dass ich als Militärspezialist, der die militärpolitische Lage in der DDR kannte, nicht den Mut hatte, zum Generalsekretär zu gehen und am 2. Beratungstag der 10. ZK-Tagung zu sagen: ‚Hört auf mit dem Gequatsche und den gegenseitigen Schuldzuweisungen und lasst uns den Nationalen Verteidigungsrat und die 15 Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen zu einer Beratung zusammenrufen, um konkrete Maßnahmen für die Sicher-

heit und Ordnung in der DDR zu beraten und zu beschließen.‘ Das wäre sicherlich bedeutend besser und wichtiger gewesen als die Diskussion im Plenum. Aber hinterher ist man immer klüger.“<sup>17</sup>

Hinsichtlich der wiederkehrenden Spekulationen, ob Schabowskis Antwort („sofort, unverzüglich“) auf die Frage nach dem Inkrafttreten der neuen Reisebestimmungen im Rahmen der Pressekonferenz am Abend des 9. November 1989 „ein Versehen, ein Lapsus, eine Wichtigtuerei war“, so stand für Streletz fest: „Diese unverantwortliche Handlungsweise eines führenden Politikers der DDR, egal welche Zielstellung ihr zu Grunde lag, hat die DDR an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Nur dem politisch bewussten und besonnenen Verhalten und Handeln der Angehörigen der Grenztruppen in Berlin, des Ministeriums für Staatssicherheit und der Deutschen Volkspolizei sowie der strengen Einhaltung des Befehls Nr. 11/89 – kein Einsatz der Schusswaffe durch die bewaffneten Organe – ist es zu verdanken, dass es zu keiner Eskalation der Ereignisse mit schwerwiegenden und tragischen Vorkommnissen gekommen ist. Ein Schuss an der Grenze hätte eine Katastrophe, eine Kettenreaktion auslösen können!“<sup>18</sup>

Vor seinen ehemaligen Untergebenen wich Streletz seiner persönlichen Verantwortung nicht aus: „Die Schuld an der fehlenden Befehlsgebung tragen, aus welchen Gründen auch immer, der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Keßler, und der Chef des Hauptstabes, Generaloberst Streletz. Sie beide waren berechtigt und verpflichtet, dem Chef der Grenztruppen Befehle oder Weisungen zu erteilen, was aber leider nicht geschehen ist.“<sup>19</sup>

### LETZTE ERNEUERUNGSVERSUCHE DER STAATSFÜHRUNG

Von diesem Zeitpunkt an nahm jedenfalls der Niedergang der staatlichen Autorität,

der Macht der vormals „führenden Partei“ und insbesondere der Macht des MfS seinen durch nichts mehr aufzuhaltenden Lauf. Am 7. November 1989 trat die SED-Regierung der DDR zurück; kommissarisch blieben die Minister noch bis zur Konstituierung einer neuen Regierung (der am 18. November 1989 von der Volkskammer gewählten Regierung Modrow) im Amt. Der neue Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann, schuf im Sicherheitsbereich einen viele politische Kreise umfassenden „Runden Tisch“, an welchem in sieben Sitzungen eine Reihe von grundlegenden Leitsätzen für eine Militärreform und die Sicherheitspolitik des zu erneuernden Staates erarbeitet und beschlossen wurden.<sup>20</sup> Dieser Runde Tisch trug zu einer allgemeinen Stabilisierung der politischen Spannungen bei, vermochte aber am Zerfall der DDR nichts mehr zu ändern. Was Wochen vorher niemand zu glauben gewagt hätte, war eingetroffen: „Einer friedlichen Protestbewegung, die ihren Mut nicht mit Steinen und Molotow-Cocktails, sondern mit Transparenten, Kerzen und Sprechchören zeigte, gelang es, einen Sicherheitsapparat zu entmachten, der bis an die Zähne bewaffnet und einer militanten Ideologie verpflichtet war.“<sup>21</sup> Horst Sindermann (SED-Politbüromitglied und Präsident der Volkskammer) urteilte später: „Der gewaltfreie Aufstand passte nicht in unsere Theorie. Wir haben ihn nicht erwartet und er hat uns wehrlos gemacht.“<sup>22</sup>

### CONCLUSIO

Am 12. November 1989 begab sich kein Geringerer als der damalige deutsche Bundespräsident von Weizsäcker in Begleitung des Berliner Bürgermeisters

Momper an die Grenzübergangsstelle Potsdamer Platz. Er bedankte sich bei den DDR-Grenzsoldaten mit Blumen für ihr besonnenes Handeln anlässlich der Grenzöffnung vom 9. November 1989, durch welches eine Eskalation mit allfälligem Blutvergießen vermieden worden sei. Auch heute, viele Jahre später, wird in den Medien verdientermaßen den damals auf den Straßen von Dresden, Leipzig und anderen Städten demonstrierenden Bürgern immer noch gedankt, die der Parole „Keine Gewalt!“ gefolgt waren und damit eine gefährliche Entwicklung verhindert hatten. Gleicher Dank gebührt aber auch jenen Staatsfunktionären und Dienstträgern der DDR, die auf vielen verschiedenen Hierarchie- und Befehlsstufen besonnen agiert und – letztlich erfolgreich – das gleiche Ziel angestrebt hatten, nämlich eine blutige Eskalation zu vermeiden. Erwähnt seien insbesondere jene Pflichtträger, welche die im Land reichlich vorhandenen Waffen, Munitionsbestände und Treibstoffe permanent und zuverlässig gegen einen ungesetzlichen Zugang gesichert hatten. Es waren dies unzählige Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der NVA sowie Angehörige der Polizei, die als Bewachungsorgane von Waffenlagern, Waffenkammern und Dienstgebäuden dafür Sorge trugen, dass weder Waffen noch Munition verloren gingen oder sonst wie in unbefugte Hände gerieten. Nicht zuletzt infolge einer disziplinierten Haltung und besonnenen Pflichterfüllung aller Sicherheitskräfte verlief die Revolution in der DDR friedlich und war zu einem wichtigen Datum deutscher und internationaler Geschichte geworden.

<sup>1</sup> Die nachfolgende Sachdarstellung stützt sich hauptsächlich auf die Angaben von Generaloberst Fritz Streletz (Streletz 2014).

<sup>2</sup> Im Zusammenhang mit der Verschärfung der damaligen Lage durch die ungarisch-österreichische Grenzöffnung im Sommer 1989 erwähnte der ehemalige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow eine geheime Absprache und Geldzahlung von zwei Milliarden D-Mark durch die BRD und Österreich an Ungarn, um die Regierung in Budapest zu einer Grenzöffnung für DDR-Flüchtlinge zu bewegen. Vgl. *Die Weltwoche* 2019, 8.

<sup>3</sup> Der Nationale Sicherheitsrat hatte letztmals am 16. Juni 1989 seine 78. Sitzung durchgeführt; seither hatte trotz entsprechender Bemühungen auch im Herbst 1989 keine Sitzung mehr stattgefunden.

<sup>4</sup> Vgl. *Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollorgane der DDR* 2014, 28 f.

<sup>5</sup> Streletz 2014, 13.

<sup>6</sup> Zu den Ereignissen an der Bornholmer Straße wurde viel geschrieben, verfilmt und veröffentlicht. Die hier dargestellte Entwicklung der Lage folgt Hertle (Hertle 2009).

<sup>7</sup> Nämlich Alarm, sofortiger Abbruch der Grenzkontrollen und Verriegelung der pioniertechnischen Grenzanlagen nach Weisung der nächsthöheren Kommando-stelle der Grenztruppen.

<sup>8</sup> Streletz, *Ausführungen auf einem Herbsttreffen der NVA 2004*, Kopie des Referatstextes im Besitz des Autors.

<sup>9</sup> Befehl Nr. 12/89 vom 10.11.1989, Geheim. Die Kopien der Originale aus dem Privatarchiv Streletz sind im Besitz des Autors.

<sup>10</sup> Befehl Nr. 11/89 vom 03.11.1989, Geheim. Die Kopien der Originale aus dem Privatarchiv Streletz sind im Besitz des Autors.

<sup>11</sup> Vgl. Streletz 2014, 15.

<sup>12</sup> Vgl. ebd.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., 16.

<sup>14</sup> Der Inhalt des Telegramms von Egon Krenz an Michael Gorbatschow vom 10.11.1989 ist als Anlage 1 wiedergegeben bei Streletz 2014, 28.

<sup>15</sup> Vgl. die Abschrift eines Fernschreibens des Chefs des Stabes der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR vom 12.11.1989 als Anlage 3 bei Streletz 2014, 30–32.

<sup>16</sup> Textauszug aus dem Manuskript zum Vortrag, gehalten am 10.09.2001 in der Schweiz. Kopie des Manuskriptes im Besitz des Autors.

<sup>17</sup> Streletz 2014, 21 f.

<sup>18</sup> Ebd., 19.

<sup>19</sup> Streletz, *Ausführungen auf einem Herbsttreffen der NVA 2004*, Kopie des Referatstextes im Besitz des Autors.

<sup>20</sup> Eine eingehende Darstellung aus der Feder des 2018 verstorbenen Admirals Hoffmann siehe *Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR* 2018.

<sup>21</sup> So in „Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit“, *Information des BStU* 5/1994.

<sup>22</sup> Ebd. Anzumerken wäre freilich, dass ohne die neuen Herrschaftsverhältnisse im Kreml die ganze Entwicklung in der DDR auch in eine andere Richtung verlaufen hätte können.

#### Quellenangaben

*Die Weltwoche* (2019). Interview mit Modrow, Nr. 45, November 2019.

Hertle, Hans-Hermann (2009). *Chronik des Mauerfalles. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Berlin.

*Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollorgane der DDR* (Hg.) (2014). *Bekanntgabe der neuen zeitweiligen Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR ins Ausland am 9. November 1989, gegen 16.00 Uhr, auf der 9. Tagung des ZK der SED, Zeitzeugen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR zu den Ereignissen im Herbst 1989 und im Jahre 1990, Aktuelle Beiträge* (2), 28 f.

Streletz, Fritz (2014). *Die Handlungen der obersten militärischen Führung der DDR im Herbst 1989 zur Gewährleistung der Gewaltlosigkeit, Zeitzeugen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR zu den Ereignissen im Herbst 1989 und im Jahre 1990, Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollorgane der DDR* (Hg.), *Aktuelle Beiträge* (2), 3–32.

Veleff, Peter (2019). *Führen in Krisenlagen. Leipzig und Berlin 1989, Teil 1*, *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* (4), 61–71, Online: [http://dx.doi.org/10.7396/2019\\_4\\_F](http://dx.doi.org/10.7396/2019_4_F).

*Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR* (Hg.) (2018). *Gedenkschrift „Zur Erinnerung an den Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Admiral Theodor Hoffmann, Landarbeiter – Seeoffizier – Patriot“*.